

Editorial #7: Sie verkleinern den Raum für abweichende Meinungen, was kommt als nächstes?

Von Ana Piquer, Geschäftsführerin von Amnesty International Chile.

Nach dem Ausbruch der sozialen Unruhen gab es eine enorme Menge an Kritik am Verhalten der Carabineros und der Streitkräfte bei der Kontrolle der öffentlichen Ordnung. Die angewendeten Verhaltensweisen wurden im Rahmen der Kontrolle der Pandemie beibehalten. Dieses Vorgehen hat durchgehend die Menschenrechte verletzt.

Jede Beschwerde wurde, fast ausnahmslos, nicht mit dem Bestreben aufgenommen, ihre Gründe zu verstehen und nach Wegen zur Verbesserung zu suchen, sondern man begegnete ihnen mit einer heftigen institutionellen und staatlichen Verteidigung. Bereits im November 2019, als Amnesty International unsere vorläufigen Schlussfolgerungen nach dem Besuch der Mission, die nach Chile kam, um Fälle von Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren, veröffentlichte, gab es öffentliche Stellungnahmen von der Armee, den Carabineros und der Regierung, die unsere Ergebnisse und Empfehlungen in Frage stellten.

Leider sehen wir, dass dies immer schlimmer geworden ist. Der Raum für Meinungsfreiheit, ob im öffentlichen Raum, im Klassenzimmer oder in den Medien, wird immer weiter reduziert.

Diejenigen von uns, die die Menschenrechte verteidigen, werden vom Staat nicht geschützt, sondern ständig in Frage gestellt.

In letzter Zeit haben wir drei sehr klare Beispiele mit offensichtlichen Zeichen für diese Verschlechterung gesehen.

Der erste Fall, der alarmiert, ist der einer Lehrerin einer Schule in Concón die in ihrem Unterricht die Ermordung des Mapuche-Gemeindemitglieds Camilo Catrillanca angesprochen hatte. Laut dem, was öffentlich bekannt wurde über das, was die Lehrerin gesagt hatte, war nichts davon falsch: alles was sie gesagt hatte war richtig und ist von den Gerichten bestätigt worden, als sie die Verantwortlichen verurteilt haben.

In diesem Fall beschloss die Aufsichtsbehörde des Bildungswesens von Amts wegen zu handeln und Sanktionen zu verhängen. Dies erweist sich komplett widersprüchlich zur Gewährleistung einer angemessenen Menschenrechtserziehung.

Menschenrechtserziehung erfordert, dass man sich der Wahrheit über die geschehenen Missstände stellt, denn sie zu verbergen ist das perfekte Rezept, damit sie sich wiederholen.

Der zweite Fall betrifft die alarmierende Reaktion der drei Sektoren der Streitkräfte auf eine Fernsehsendung, in der eine Parodie auf einen Soldaten vorkam. Es sei daran erinnert, dass die Parodie von der Meinungsfreiheit gedeckt ist. Wenn also diejenigen, die das Gewalt- und Waffenmonopol besitzen, eine öffentliche Erklärung abgeben, in der sie eine Handlung kritisieren, die nichts anderes als die Ausübung der Meinungsfreiheit ist, ist das nicht nur für diejenigen, die an dem Programm teilgenommen haben, schlimm und einschüchternd, sondern auch, weil es andere Menschen einschüchtert von ihren Rechten Gebrauch zu machen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Regierung dem keine Grenzen setzte, sondern im Gegenteil die Aktion der Streitkräfte unterstützte und das Programm mit ähnlichen Worten kritisierte.

Der dritte Fall, der uns besorgt, steht in Verbindung mit der Entscheidung der Carabineros eine administrative Untersuchung gegen eine Angestellte des Nationalen Instituts für Menschenrechte (INDH) zu beantragen. Vor einigen Wochen haben wir Fotos von einem Carabinero gesehen, der Pfefferspray direkt in das Gesicht der Angestellten gesprüht hat, während sie Beobachtungsarbeit bei einer Demonstration geleistet hatte. Heute hat Carabineros die Angestellte des INDH angezeigt, letztendlich angehend, dass das Geschehene von ihrem Verhalten ausgelöst worden sei. Und nicht nur das: Carabineros, in einer Aktion mit klar verfolgendem Charakter, gibt an, die sozialen Medien der Angestellten auf der Suche nach Publikationen durchgesehen zu haben, die dazu dienen sollten

sie in Misskredit zu bringen.

Dies sind nicht die einzigen Beispiele. In letzter Zeit wurde über die Bespitzelung von Journalist_innen per Telefon berichtet, über Anrufe der Regierung beim Eigentümer eines Fernsehsenders, um dessen redaktionelle Linie zu beeinflussen, und über Äußerungen der Exekutive, die die Arbeit von Menschenrechtsbeobachtern generell in Frage stellen.

In früheren Leitartikeln (Editoriales) haben wir bereits vor der allmählichen Verschlechterung des Schutzes des Rechts auf friedliche Versammlung gewarnt, da Demonstrationen auf öffentlichen Plätzen verhindert wurden, und zwar weit über die Anforderungen der Hygienemaßnahmen hinausgehend. Aber jetzt gibt es zusätzlich deutliche Anzeichen für eine Verschlechterung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, auf Pressefreiheit, auf Bildung und auf Verteidigung der Menschenrechte. Was wird darauf noch folgen?